

# Nicht verdaute politische Niederlage

Auf den Leserbrief von Beate Böhlen in Sachen Normenkontrollverfahren gegen Windkraftanlagen auf Wettersberg und Hummelsberg ging bei der Redaktion folgende Antwort ein:

Der Gemeinderat Baden-Badens hat am 23. Juli mit klarer Mehrheit von 24 zu 14 Stimmen die Einleitung des Normenkontrollverfahrens bezüglich der Regionalplanung in Sachen Windkraftanlagen beschlossen. Andere Kommunalgremien haben diesen Weg ebenfalls gewählt. Eine demokratisch legitimierte Entscheidung. Der richtige Weg in einem Rechtsstaat, wenn sich politisch Verantwortliche nicht sicher sind, ob getroffene Beschlüsse rechtlich robust sind oder nicht.

Der Beschluss wurde in Baden-Baden von Mitgliedern aller im Gemeinderat vertretenen Parteien herbeigeführt. Mehr Demokratie geht nicht, zumal in einer intensiven und leidenschaftlich geführten Diskussion Für und Wider erörtert wurden. Die Bürgerinitiative (BI) „Windkraftfreies Grobbachtal“ begrüßt den Beschluss – selbstverständlich!

Sicherlich haben wir mit den akribisch zusammengetragenen Fakten zur politischen Willensbildung auch unseren Beitrag geleistet. Somit wissen wir uns bestärkt! Bei allen Informationsveranstaltungen haben wir deutlich gemacht, dass wir keine grundsätzlichen Wind-

kraftgegner sind und sehr wohl erneuerbare Energien befürworten.

Wir haben auch begründet erläutert, weshalb Windkraftanlagen auf Wetters- und Hummelsberg für uns keine Option sind. Was Frau Böhlen in diesem Kontext mit ihrer Aussage, die Windkraftgegner aus dem Grobbachtal müssten aufpassen, dass sie nicht Wege beschreiten, die sie nicht verantworten können, meint, bleibt ihr Geheimnis.

Ich hoffe sehr, dass wir dies nicht als Versuch der Diskreditierung und Einschüchterung engagierter Bürgerinnen und Bürger zu werten haben, sondern die Äußerung lediglich der noch nicht verdauten politischen Niederlage zuzuschreiben ist.

Karl Maier  
Baden-Baden

Wir bitten die Einsender von Leserbriefen, ihre Telefonnummer anzugeben. Es stellt sich immer wieder heraus, dass Rückfragen erforderlich werden, die mit einem Telefonanruf geklärt werden können. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzung vor. Leserbriefe spiegeln die Meinung der Einsender wider, die nicht mit der Ansicht der Redaktion übereinstimmen muss.

Die Redaktion